

Wegen Corona werden viele nicht notwendige Operationen verschoben. DPA/GÜTLER



Bayerns Krankenhäuser werden in der Pandemie finanziell höchst unterschiedlich behandelt

Kleine Kliniken haben das Nachsehen

In Bayerns Krankenhäusern ist Land unter: Immer mehr Corona-Patient*innen füllen die Intensivstationen. Und sie müssen, weil hochansteckend, auch anders untergebracht werden als die üblichen Kranken: mit weiten Abständen zwischen den Betten, oder am besten im Einzelzimmer. Die Betreuung durch die Pflegekräfte erfordert zudem deutlich mehr Schutzmaßnahmen. Gleichzeitig bleiben viele andere Operationen auf der Strecke. Damit erhalten die – man kann es nicht nur an dieser Stelle beklagen – zur Kostendeckung verurteilten Kliniken natürlich auch fest eingeplante Zahlungen der Kassen nicht mehr.

Für all diese Verluste sollen die Krankenhäuser entschädigt werden. Eigentlich. Doch wie fast immer im Gesundheitswesen klaffen Versprechen und Wirklichkeit auseinander. Die Behandlung an Covid-19 Erkrankter zwingt zu harten, aber medizinisch notwendigen Maßnahmen. Das beklagt auch Jens Deerberg-Wittram, Geschäftsführer der RoMed-Kliniken mit Sitz in Rosenheim, ein Zusammenschluss von einem mittelgroßen städtischen Klinikum und drei kleinen Kreiskrankenhäusern. Er sagt: „Wir müssen Betten leer stehen lassen, um die Abstände zu wahren und die Isolierung der Infizierten zu garantieren.“

Für das städtische Klinikum bedeutet das konkret: Von den insgesamt 620 Betten müssen ungefähr

100 leer bleiben. Für RoMed ist das mit wirtschaftlichen Einbußen im Millionenbereich verbunden. Zwar bekomme man, so Deerberg-Wittram, vom Freistaat einen Teil des Verlusts ersetzt, „aber das deckt bei Weitem nicht den tatsächlichen Einnahmerückgang“.

Die Verluste der Unikliniken werden ersetzt

Besser sieht es für die landeseigenen Universitätskliniken in München, Würzburg, Augsburg, Erlangen und Regensburg aus. Auch sie hatten heuer hohe Verluste, teilweise im zweistelligen Millionenbereich, doch werden diese komplett kompensiert.

Eine unfaire Behandlung sei das, konstatiert Bayerns Landkreistagspräsident Christian Bernreiter (CSU). Schließlich würden die kommunalen Kliniken in weiten Teilen Bayerns die akutstationäre medizinische Notfallversorgung abdecken.

Für Jens Deerberg-Wittram stellt sich noch ein weiteres Problem: Während der ersten Pandemieperiode im Frühjahr durfte er die Infizierten auch auf die kleineren Häuser in seinem Klinikverbund verteilen. Obendrein beteiligten sich auch die in der Region ansässigen privaten Schön-Kliniken an der Versorgung der Covid-19-Erkrankten. Sie sind eigentlich auf

orthopädische und psychosomatische Leiden spezialisiert.

Doch nun lautet die Vorgabe des bayerischen Gesundheitsministeriums an Deerberg-Wittram: Alle Infizierten müssen im Haupthaus in Rosenheim untergebracht werden. Und die Schön-Kliniken haben sich aus der Kooperation verabschiedet, weil sie keine Kompensationszahlungen mehr erhalten. Dabei sind die Patientenzahlen inzwischen höher als im Frühjahr.

Im bayerischen Gesundheitsministerium weist man jede Verantwortung von sich. Schuld daran, dass die Corona-Patienten vorrangig in bestimmten Kliniken untergebracht werden, sei der Bund, der dazu kürzlich ein Gesetz erlassen habe, so ein Sprecher von Ressortchefin Melanie Huml (CSU). Bayern fordere, das wieder zu ändern.

Ruth Waldmann, die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, gibt dem Landkreistag in seiner Forderung recht. Und fordert, dass aufschiebbare Eingriffe verschoben würden. Dadurch würden Kapazitäten frei. Das funktioniert aber nur, so Waldmann, wenn die Krankenhäuser für entgangene Einnahmen entschädigt werden.

Ihr Kollege Dominik Spitzer von der FDP-Landtagsfraktion befürchtet, dass die aktuelle Regelung zur Kostenerstattung für viele Kliniken langfristig das Aus be-

deuten könne. Der Bundesgesetzgeber müsse hier Gerechtigkeit schaffen.

Andreas Winhart, gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, wirft der Staatsregierung vor, die bayerische Kliniklandschaft auf nur noch wenige, größere Standorte reduzieren zu wollen. Weshalb ihr die neue Regelung zupasskomme.

Während die Politik noch debattiert, wer schuld an der aktuellen Lage der Kliniken ist und was geschehen muss, wird die Situation vor Ort immer schlimmer. „Die über 210 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bayerischen Krankenhäusern stehen mit ihrem Einsatz vor und während der Feiertage vor einer körperlichen und emotionalen Überforderung“, warnt Roland Engehausen, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Nur durch „unglaublichen Einsatz“ sei die Situation „noch einigermaßen beherrschbar“.

Um den kleinen Kliniken rasch zu helfen, wäre jetzt engagiertes Handeln nötig. Der Ministerpräsident hat den Katastrophenfall ausgerufen. Da sollte es möglich sein, sich vorübergehend über strittige Bundesregelungen zur Kostenerstattung hinwegzusetzen. Bürokratie und politisches Kompetenzgerangel dürfen nicht schuld daran sein, dass die Krankenversorgung in der Pandemie nicht mehr sichergestellt ist. > ANDRÉ PAUL